



Strategischer Entwicklungs- und Finanzplan 2004 - 2012

- Legislaturprogramm 2004 – 2008
- Finanzplan 2005 – 2009
- Investitionsplan 2005 – 2012

Inhalt

1. Vorwort	S. 3
2. Legislaturprogramm 2004 - 2008	
2.1 Leitsätze	S. 5
2.2 Legislatur-Schwerpunkt Ortsplanungsrevision	S. 7
2.3 Ziele und Massnahmen	S. 8
3. Finanzplan 2005 - 2009	S. 16
4. Investitionsplan 2005 - 2012	S. 21

1. Vorwort

Binningen steht gut da. Die Lage der Gemeinde ist attraktiv, das Dienstleistungsangebot vielfältig und der Steuersatz niedrig. Der Gemeinderat ruht sich allerdings nicht auf dem Erreichten aus. Auch in den kommenden vier Jahren will er die Entwicklung der Gemeinde lenken, Bewährtes erhalten und notwendig Neues in die Wege leiten.

Das Legislaturprogramm ist dabei ein unverzichtbares Planungsinstrument. Es setzt die Leitplanken, an denen sich der Gemeinderat ausrichtet und orientiert. Es dient ihm als Kompass, um auf Kurs zu bleiben. Für den Einwohnerrat und für die Öffentlichkeit ist es die Grundlage, auf der das zukünftige Handeln des Gemeinderates eingeordnet und beurteilt werden kann.

Analog zum letzten Legislaturperiode legt der Gemeinderat wiederum einen Strategischen Entwicklungs- und Finanzplan (SEF) vor, der neben dem Legislaturprogramm 2004 – 2008 auch eine finanzielle Übersicht im Rahmen des Finanzplans 2005 – 2009 und des Investitionsplans 2005 – 2012 umfasst.

Im vorliegenden Legislaturprogramm wird nicht alles aufgelistet, was Behörden und Verwaltung tun. Auch wird nicht wiederholt, was andernorts geschrieben ist, z.B. in den Leistungsaufträgen. Vielmehr macht das Legislaturprogramm die **Grundhaltung** und die **Stossrichtung** für die Politik in den kommenden Jahren transparent und nennt **Prioritäten** überall dort, wo Bisheriges verbessert und Neues geleistet werden soll.

Das Legislaturprogramm besteht aus vier Teilen, nämlich:

- Leitsätze
- Legislatur-Schwerpunkt Ortsplanungsrevision
- Ziele und Massnahmen
- Finanzieller Ausblick (Finanz- und Investitionsplan)

Bei der Lektüre des Legislaturprogramms ist zu beachten, dass die Ziele und Massnahmen nur bis auf Stufe **Produktgruppen** definiert worden sind. Damit wird die Übersichtlichkeit gewährleistet und der Aufwand ist verhältnismässig. Ausserdem sind die Ziele und Massnahmen nicht in Stein gemeisselt. Der Gemeinderat behält sich vor, zum Zeitpunkt der Umsetzung einzelner Massnahmen Sinn und Zweck erneut zu prüfen. Er ist sich nämlich der Tatsache bewusst, dass Umfeld und Rahmenbedingungen sich schnell ändern können.

Bei der Umsetzung der Massnahmen achtet der Gemeinderat speziell auf die Milizfähigkeit der Politik. Das heisst: Einerseits soll politische Arbeit professionell erbracht und andererseits sollen die (nicht hauptberuflich, d.h. im Milizamt tätigen) Amtsträgerinnen und -träger nicht überfordert werden. Dies macht eine klare Trennung von strategischen und operativen Aufgaben und vor allem auch professionelle Unterstützungsarbeit durch die Verwaltung nötig. Sie hat die Pflicht, den Behördenvertreterinnen und -vertretern immer wieder erklärend und unterstützend zur Seite zu stehen.

Zukünftige Massnahmen und Gemeindeaufgaben werden auch laufend auf den Aspekt des Outsourcings geprüft sowie darauf, ob die Dienstleistungen kostendeckend erbracht werden. Wo immer möglich soll das Verursacherprinzip - also die Finanzierung über kostendeckende Gebühren - zur Anwendung kommen.

Schwerpunkte

In der Vielfalt der aufgelisteten Ziele und Massnahmen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass in der Legislaturperiode 2004 bis 2008 wichtige **Themen und Projekte** bereits gesetzt und zum Teil bereits gestartet sind. Sie haben hohe Priorität und erfordern die volle Aufmerksamkeit von Behörden und Verwaltung. Speziell hervorzuheben sind:

- Ortsplanungsrevision (vgl. 2.2)
- Realisierung des Schlossparks
- Planung und Umsetzung des neuen Alterszentrums Schlossacker.
- Umsetzung des Verkehrskonzepts (Tempo 30-Zonen)

Der Gemeinderat hat das vorliegende Legislaturprogramm in einem intensiven Prozess erarbeitet. Die Verwaltung, resp. die Leiter/innen aller Abteilungen waren darin einbezogen. Der Gemeinderat hofft, dass es Einwohnerrat, Behörden, Verwaltung sowie Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Binningen hilft, die Tätigkeit des Gemeinderates einzuordnen. Er darf und soll an diesem Programm gemessen werden.

Im Jahr 2008 wird der Gemeinderat Rückschau halten und prüfen, ob er die gesteckten Ziele erreicht hat.

Der Gemeinderat / Juni 2005

2. Legislaturprogramm 2004 - 2008

2.1 Leitsätze

1. Den Standort pflegen

Als stadtnahe Gemeinde mit einem qualitativ guten öffentlichen Dienstleistungsangebot, mit guten Verkehrsanbindungen, mit gesunden Gemeindefinanzen und mit günstigen Steuersätzen bleibt Binningen für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Handel, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen attraktiv.

Wir erhalten und pflegen die Standortvorteile Binningens und entwickeln die Qualität unserer Dienstleistungen weiter. Dazu gehören: Angebot von attraktiven Wohnlagen auch für hohe Ansprüche, gute Sicherheit in den Wohnquartieren, attraktive Steuersätze, eine effiziente und kundenorientierte Verwaltung, ein vielfältiges und qualitativ hoch stehendes Bildungsangebot, ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot mit Tagesheim, Tagesfamilien und Mittagstischen, Freizeitgestaltung, Betagten-Betreuung, gute Erreichbarkeit der Zentren durch öffentliche und private Verkehrsmittel sowie rasche Verbindungen zu Bahnhöfen und Flughäfen.

Mit unserer Politik fördern wir eine gedeihliche Entwicklung unserer bestehenden Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie die Ansiedlung neuer Betriebe. Verkehrsmassnahmen, genügend Parkraum, neue städtebauliche Akzente wie Schlosspark-Ensemble und Neugestaltung Dorfplatz beim Neubau auf dem Heyer-Areal sowie die Ortsplanungsrevision sollen dazu günstige Voraussetzungen schaffen.

Mit der Ortsplanung wollen wir eine gut durchmischte Bevölkerungsstruktur erreichen. Für die ältere Bevölkerung soll Binningen mit Seniorenwohnungen, Spitexleistungen an 7 Wochentagen mit Nachtpikettendienst, Pflegewohnungen, Tagesstätten und Alters- und Pflegeheimplätzen attraktive und bedarfsgerechte Angebote bieten.

Die Nähe zur Stadt Basel ist ein Standortvorteil, den wir der Ortsplanung zugrunde legen und der uns verpflichtet, die Beziehungen zur Stadt besonders zu pflegen.

2. Wohnlichkeit und Identität bewahren und fördern

Die Einwohnerinnen und Einwohner sind in Binningen gerne zu Hause, fühlen sich wohl und mit der Gemeinde verbunden.

Mit unserer Politik tragen wir dazu bei, dass Binningen ein lebendiger Wohnort mit hoher Lebensqualität bleibt. Dazu gehören:

- hohe Wohnqualität
- ein schönes Ortsbild
- Verknüpfung von Tradition und Modernität
- Pflege der Naherholungsgebiete in unmittelbarer Umgebung
- attraktive Dienstleistungen für Jung und Alt
- ein vielfältiges Vereinsangebot
- Quartierstrassen, die das Wohnumfeld aufwerten.

Ausserdem fördern und erleichtern wir das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinde. Dazu gehören:

- Orte der Begegnung schaffen
- Sicherheit der Bevölkerung
- Sauberkeit und Ordnung in der Gemeinde
- Reduktion von übermässigen Immissionen durch Verkehr, Mobilfunk und Schiesswesen

3. Nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit handeln

In allen Aspekten der Gemeindetätigkeit ist in Binningen das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung nach Möglichkeit berücksichtigt.

In allen Projekten und in der täglichen Arbeit schenken wir neben den ökonomischen und sozialen vermehrt auch den ökologischen Fragestellungen Beachtung.

Ansässige Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sollen einen Grossteil des Grundbedarfs für die Bevölkerung sicherstellen und die speziellen Bedürfnisse für Jugend und Alter sollen so weit als möglich lokal abgedeckt werden können.

Dem wachsenden Mobilitätsbedürfnis insbesondere beim Pendler- und Freizeitverkehr begegnen wir mit der Förderung des öffentlichen Verkehrsmittels und mit einem guten Angebot für den Langsamverkehr (Velo, Fussgänger) auch mit dem Ziel der Gesundheitsförderung. Auf die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer/innen richten wir spezielles Augenmerk.

Wir entwickeln den Energiemix in Richtung erneuerbarer Energien weiter. Binningen soll ein gutes Beispiel sein für die rationelle Nutzung von Energien. Auch die Entsorgung soll ökologischen Kriterien unterliegen und der Schutz der Natur, der Grün- und Erholungsräume und der Artenvielfalt (Flora und Fauna) soll weiterhin gewährleistet sein.

4. Gemeinschaftssinn und Eigenverantwortung fördern

Binningen steht für ein Gemeinwesen, welches die durch Gesetz und Verordnung übertragenen Aufgaben zum Wohl der Gemeinschaft erfüllt und Hilfe leistet. Ebenfalls soll jeder Einzelne sowohl Eigenverantwortung übernehmen als auch zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen können.

Wir unterstützen soziale, politische und kulturelle Freiwilligenarbeit in der Gemeinde, in den Vereinen und in Institutionen. Wir leisten unseren Beitrag, um die Politik attraktiv und zur Teilnahme motivierend zu gestalten. Dazu gehören Transparenz in der Behörden- und Verwaltungstätigkeit sowie eine vorausschauende Informationspolitik.

Bildung und Erziehung sollen Voraussetzungen schaffen für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben sowie für ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft.

Wir wollen sozial bedürftige Einwohner/innen unterstützen mit dem Ziel, Selbständigkeit zu erlangen.

2.2 Legislatur-Schwerpunkt Ortsplanungsrevision

Der Gemeinderat setzt in dieser Legislatur den Schwerpunkt insbesondere auf die Ortsplanungsrevision. Sie soll mit einem ganzheitlichen Planungsansatz auf eine neue und breitere Basis gestellt werden.

Eine räumliche Entwicklungsstrategie soll die Richtung der zukünftigen Entwicklung aufzeigen. In den Bereichen Siedlung, Verkehr und Landschaft sind entsprechende Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Als Grundlage dienen die Leitsätze und Schlüsselziele zur Ortsplanungsrevision, welche an einer Zukunftskonferenz im April 2005 diskutiert wurden. Der öffentliche Dialog ist damit mit Erfolg lanciert worden und soll fortgesetzt werden. Die über 150 Teilnehmer und Teilnehmerinnen stützten in den wesentlichen Fragen die Leitsätze des Gemeinderates:

Leitsätze Siedlung

- Binningen soll als städtische Wohngemeinde in der Region Basel attraktiv bleiben.
- Binningen bietet für Dienstleistungsbetriebe und ruhiges Gewerbe gute Voraussetzungen an.
- Binningen strebt keine Erweiterung der Bauzonen an. Das heutige Baugebiet soll in Grösse und Ausdehnung beibehalten werden.
- Die Planung richtet sich auf die bestehende Einwohnerzahl aus. Die Bevölkerungsstruktur soll ausgewogen bleiben.
- Die Siedlungsstruktur von Binningen soll entlang den Hauptverkehrsachsen und im Ortskern verbessert werden.

Leitsätze Verkehr

- Die guten Verkehrsanbindungen von Binningen sind zu erhalten. Die Verkehrsplanung des Individualverkehrs ist angebotsorientiert und nicht nachfrageorientiert.
- Die Strassenraumgestaltung von Binningen soll zugunsten der Wohnqualität, der Verkehrssicherheit sowie des Ortsbildes verbessert werden.
- Der Durchgangsverkehr wird auf die Hauptverkehrsachsen konzentriert.

Leitsätze Natur und Landschaft

- Die heute starke Durchgrünung des Siedlungsgebiets soll erhalten bleiben.
- Das Landwirtschafts- und Naherholungsgebiet Bruderholz sowie die Landwirtschaftszone Westplateau sollen als regionale Siedlungstrenngürtel erhalten und aufgewertet werden.
- Die Waldflächen sollen in ihrer Funktion als Naherholungszone und grüne Lungen gestärkt werden.

Leitsatz Versorgung und Entsorgung

- Binningen strebt eine Koordination von Infrastrukturbauten an.

2.3 Ziele und Massnahmen

Produktgruppen 1 + 2: Behörden, Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen und Entwicklungshilfe	
Ziele	Massnahmen
Die Einwohnerinnen und Einwohner sind über die wichtigen Fragestellungen, Aktivitäten und Entwicklungen in Politik und Verwaltung informiert.	<i>Die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde deutlich verbessern (z.B. Medien, Binninger Anzeiger, Homepage, Veranstaltungen).</i>
Die Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner nimmt zu.	<i>Eine offene Informationspolitik der Gemeinde fördern. Gemeindeaufgaben und ihre Erarbeitung und Finanzierung verständlich machen, um damit das Interesse am Gemeindeleben wecken.</i>
Durch die vollständige Umsetzung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) sind Aufgaben und Kosten des Gemeinwesens transparenter.	<i>WOV samt Globalbudgetierung ab 2006 einführen.</i>
Binningen ist im regionalen Umfeld verankert und zeigt darin Solidarität.	<i>Kontakte mit Nachbargemeinden stärken und gemeinsame Interessen herausheben.</i>

Produktgruppe 3: Finanzen und Steuern	
Ziele	Massnahmen
Der gesunde Finanzhaushalt bleibt langfristig erhalten.	<i>Die bestehenden langfristigen Steuerungs- und Führungsinstrumentarien verstärkt anwenden. Professionelles Finanzmanagement (Finanz- und Liquiditätsplanung) einsetzen.</i>
Binningen gehört zu den steuergünstigsten Baselbieter Gemeinden und ist somit attraktiv für neues Steuersubstrat.	<i>Haushälterischen Umgang mit den Finanzen fortsetzen.</i>

Produktgruppe 4: Gesundheit

Ziele	Massnahmen
Die Vorgaben des Bildungsgesetzes bezüglich Mittagstisch sind umgesetzt.	<i>Bedarf an zusätzlichen Tagesbetreuungsangeboten für Kinder abklären.</i>
Das ambulante Altersangebot ist bedarfsgerecht erweitert.	<i>Prüfen, ob im ambulanten Altersangebot bis zur Fertigstellung des zweiten Alters- und Pflegeheims Lücken zu füllen sind.</i>
Das Platzangebot an Pflegebetten ist erweitert.	<i>Planung für zweites Alters- und Pflegeheim zügig weiterführen.</i>
Altersinstitutionen sind koordiniert und Synergien genutzt.	<i>Den Prozess für eine nähere Zusammenarbeit bis zum Zusammenschluss der div. Altersinstitutionen in der Gemeinde vorantreiben.</i>
Informationen bez. Altersfragen sind an einer Stelle konzentriert.	<i>Informationsstelle für das Alter bezeichnen.</i>

Produktgruppe 5: Kultur, Freizeit, Sport

Ziele	Massnahmen
Integrationsbemühungen für Fremdsprachige sind verstärkt.	<i>Fremdsprachige Neuzuzügerapéros weiter durchführen. Sprach- und Integrationskurse für Fremdsprachige veranstalten.</i>
Vereine werden unterstützt.	<i>Koordination von Kulturanlässen verstärken. Richtlinien zur Unterstützung von Vereinen erarbeiten.</i>
Neue Kulturräume sind geschaffen.	<i>Kulturraum schaffen. Koordination mit den Kirchen intensivieren.</i>
Die Bibliothek ist in geeigneten Räumlichkeiten untergebracht.	<i>Bibliothek vom Kronenplatz in den Holee-Park (ehemals Heyer-Areal) verlegen.</i>
Das kinder- und jugendpolitische Konzept ist umgesetzt.	<i>Die Errichtung einer Skatinganlage sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten oder Angeboten für Jugendliche prüfen.</i>
Das Angebot an Sport- und Trainingsplätzen ist erweitert.	<i>Suche nach geeigneten Trainingsplätzen verstärken. Kunstrasenplätze errichten.</i>

Produktgruppe 6: Bildung

Ziele	Massnahmen
Die Tagesbetreuung auf Stufe Primarschule ist verbessert.	<i>Ein bedarfsgerechtes Tagesschulangebot prüfen.</i>
Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule sind räumlich richtig untergebracht.	<i>Konzept betr. Standorte Kindergärten erarbeiten und umsetzen. Räumliche Engpässe im Primarschulhaus Spiegelfeld beheben. Bei der Klärung der Schulstandort-Frage im Sekundarschulkreis Binningen-Bottmingen mitwirken.</i>
Der Schulunterricht ist zeitgemäss.	<i>Einführung von Informatik an der Primarschule prüfen.</i>
Musikunterricht ist ausgebaut.	<i>Eine Öffnung der Musikschule Binningen-Bottmingen für erwachsene Schülerinnen und Schüler prüfen.</i>
Die Schulanlagen sind saniert.	<i>Schulhaus Spiegelfeld Nord sanieren.</i>
Schulstützende Massnahmen sind optimiert.	<i>Koordination des sozialpädagogischen und artverwandten Angebotes verstärken.</i>

Produktgruppe 7: Sicherheit

Ziele	Massnahmen
Im Rahmen des gesetzlichen Auftrages ist die effektive und effiziente Einsatzorganisation bei ausserordentlichen Ereignissen auf kommunaler Ebene verbessert.	<i>Bevölkerungsschutz-Reform XXI des Bundes umsetzen. Zusammenarbeit mit den übrigen Ereignis-Diensten der Gemeinde (Feuerwehr, Gemeindepolizei, Samariter, usw.) mit entsprechender Koordination bei Ausbildung und Beschaffung von Material, Ausrüstung und Fahrzeugen stärken. Regionale Zusammenarbeit prüfen. Polizei- und GFS-Reglemente revidieren.</i>
Vorkehrungen zum Schutz der Kulturgüter sind getroffen.	<i>Massnahmen und Vorkehrungen zum Schutz der Kulturgüter planen. Für die mit der Reform XXI ausgemusterten Zivilschutzanlagen neue Verwendungszwecke festlegen.</i>

Produktgruppe 8: Soziale Dienste	
Ziele	Massnahmen
Eine wirkungsorientierte Sozialpolitik hat sich etabliert, welche Sozialhilfe-, Präventions- und Integrationsmassnahmen umfasst. Hilfsbedürftige sind zu eigenem Handeln und zur Selbständigkeit ermutigt.	<i>Die Zielorientierung der Beratungstätigkeit in der Sozialhilfe verstärken. Anreizmöglichkeiten zur beruflichen und sozialen Integration in der kantonalen Gesetzgebung voll nutzen. Die Ressourcen der Unterstützten gezielt durch Vermittlung beruflicher Beratung und Weiterbildung stärken.</i>
Für Arbeitssuchende mit beruflichen und sozialen Integrationsschwierigkeiten und speziell für Jugendliche im Übergang von der Schule zum Beruf ist der Arbeitseinstieg erleichtert.	<i>Sich für ein quantitativ und qualitativ genügendes Angebot an Arbeitsintegrationsprojekten und -massnahmen in der Region einsetzen. Für die Begleitung gefährdeter junger Erwachsener hin zu spezialisierten Stellen sorgen, welche die Beratung sicherstellen können.</i>
Bei aufgenommenen Flüchtlingen, die unterstützungsbedürftig sind, ist die Hilfe auf die berufliche und soziale Integration ausgerichtet. Dabei kommt dem Erlernen der deutschen Sprache erstrangige Bedeutung zu.	<i>Den Besuch von Deutschkursen für arbeitslose und auszubildende Flüchtlinge und für Familienfrauen gezielt unterstützen.</i>

Produktgruppe 9: Verkehr & Strassen	
Ziele	Massnahmen
Dem wachsenden Mobilitätsbedürfnis insbesondere beim Pendler- und Freizeitverkehr wird mit der Förderung des öffentlichen Verkehrsmittels begegnet.	<i>Auf allen Ebenen (kantonal, regional, kommunal) die Förderung des öffentlichen Verkehrs unterstützen.</i>
Die Wohnzonen sind von unerwünschten Verkehrsimmissionen geschützt und vom motorisierten Durchgangsverkehr entlastet.	<i>Tempo 30-Konzept in den Wohnquartieren umsetzen. Bauliche Anpassungen im Rahmen von Strassensanierungen vornehmen.</i>
Langsamverkehr wird speziell gefördert.	<i>Konzept Langsamverkehr erarbeiten (Fussgänger- und Velowege, Begegnungszonen).</i>
Fremdparkierung durch Pendler und damit Individualverkehr in Wohnzonen sind reduziert. Parkierungsmöglichkeiten für Besucher und Kunden sind verbessert.	<i>Parkraumbewirtschaftung erweitern durch Einführung von Blauen Zonen mit Anwohnerparkkarten und Ausbau der Zonen mit Parkieren gegen Gebühr.</i>

Produktgruppe 10: Versorgung	
Ziele	Massnahmen
Die neuen Vorgaben von Bund / Kanton zum Gewässerschutz sind in der Gemeinde umgesetzt.	<p><i>Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) dem Einwohnerrat vorlegen und etappenweise umsetzen.</i></p> <p><i>Die Anlagen entsprechend erneuern.</i></p> <p><i>Ein geographisches Informationssystem aufbauen.</i></p> <p><i>Das Abwasserreglement der Gemeinde revidieren.</i></p>
Die Kosten der Abfallentsorgung sind grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt und mengenunabhängige Fixkosten pauschal weiter verrechnet.	<p><i>Neben der Abfallvignette eine auf die umliegenden Gemeinden abgestimmte Grundgebühr einführen.</i></p>
Umweltbewusstsein und Abfallvermeidung werden gefördert und Littering und „wilde“ Abfalldeponien eingedämmt.	<p><i>Weitere dezentrale, private Kompostplätze bei grösseren Überbauungen durch Beratung bei Einrichtung und Betrieb fördern.</i></p> <p><i>Eine Sonderabfallsammlung periodisch durchführen.</i></p> <p><i>Geeignete Aktionen zur Abfallvermeidung und Eindämmung des Littering-Problems (z.B. Schüleraktion) aufziehen.</i></p> <p><i>Die Umwelt publizistisch vermehrt thematisieren und Anreize schaffen (z.B. Preisvergabe durch Schule).</i></p> <p><i>Zunehmendem Littering wird mit häufigeren Kontrollen und höheren Bussen begegnet.</i></p>
Das GGA-Leitungsnetz ist an den aktuellen technischen Stand, um Internet und digitales Fernsehen zu ermöglichen, angepasst	<p><i>Das Netz auf 862 MHz ausbauen.</i></p>
Die Energieversorgung ist umweltverträglich. Das heisst: Die Gemeinde erreicht die CO2-Zielsetzung des Bundes. Eine Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch ist messbar.	<p><i>Den Ausbau und die Vernetzung der Wärmeversorgung Binningen (WBA) fortsetzen.</i></p> <p><i>Bei Zonen- und Quartierplanungen Impulse für einen Anschluss an die WBA setzen.</i></p> <p><i>Eine entsprechende Überprüfung der Leistungsvereinbarung mit der WBA einleiten.</i></p> <p><i>Private Bauwillige auf Energiesparkonzepte aufmerksam machen und an die zuständigen kantonalen Stellen verweisen.</i></p>

Produktgruppe 11: Raumplanung und Umweltschutz

Ziele	Massnahmen
Das grüne Erscheinungsbild der Gemeinde Binningen innerhalb der Siedlungszonen wird erhalten und gepflegt; insbesondere werden öffentliche und halböffentliche Aussenräume aktiv mitgestaltet.	<p><i>Siedlungsränder als Naherholungsräume aufwerten.</i></p> <p><i>Siedlungsintern Grünräume aufwerten (z.B. Schlosspark, öff. Spielplätze).</i></p> <p><i>Ökologische Vernetzung bestehender Grünzonen fördern.</i></p>
Nachhaltigkeit ist als Qualitätsfaktor für die kommunalen Tätigkeiten (u.a. Raumplanung) einbezogen.	<p><i>Binningen nach dem kantonalen Programm „Nachhaltigkeitsanalyse IMPULS 21“ prüfen und wo sinnvoll umsetzen.</i></p> <p><i>Auf Beratungsstellen und Förderbeiträge für ökologisches Bauen aufmerksam machen.</i></p> <p><i>Bei Bau und Renovation gemeindeeigener Bauten ökologische Prinzipien einhalten.</i></p> <p><i>Die gemeindeeigenen Fahrzeugen sukzessive mit Russpartikel-Filtern ausrüsten.</i></p>
In den Naherholungszonen werden trotz intensiver Nutzung Flora und Fauna geschont. An bestimmten Stellen soll Erhalt von Flora und Fauna Vorrang haben.	<p><i>Mit der WEP (Waldentwicklungsplanung) die unterschiedlichen Nutzungen im Wald koordinieren und so weit möglich, in Einklang bringen.</i></p> <p><i>Vernetzungskorridore vom Naturschutzgebiet Herzogenmatt zu weiteren Naturschutzgebieten auf dem Westplateau anlegen (Stiftung Herzogenmatt).</i></p>
<p>Die Gemeinde Binningen betreibt Kauf und Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften mit dem Ziel</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf längere Sicht den Eigenbedarf der Gemeinde abzudecken, - durch Abgabe von Land im Baurecht oder durch Verkauf von Grundstücken Wohngenossenschaften sowie die Ansiedlung von Gewerbe- und privaten Dienstleistungsbetrieben zu fördern. <p>Wohnzonen sind vor (unerwünschten) Immissionen (Lärm, Luftverschmutzung, Elektrosmog) geschützt und die Belastung der Bevölkerung gering gehalten.</p>	<p><i>Zustandsaufnahme und Überprüfung der derzeitigen Zweckverwendung aller Gemeinde eigenen Bauten und Grundstücke vornehmen.</i></p> <p><i>Keine neuen Mobilfunk-Antennen auf gemeindeeigenen Bauten mit sensibler Nutzung bewilligen (Moratorium bis 2006).</i></p> <p><i>Mobilfunkantennen-Standorte mittels kommunaler, regionaler und kantonaler Massnahmen koordinieren und optimieren.</i></p> <p><i>Sich für die Eingrenzung der Immissionen des Luftverkehrs engagieren.</i></p> <p><i>Einhaltung der Lärmwerte der LSV sicherstellen (z.B. Schiessplatz Allschwilerweiher, Neubadrain/Paradiesstrasse).</i></p>

<p>Die räumliche Entwicklungsstrategie ist als behördenverbindliches Instrument formuliert und die entsprechenden Entwicklungskonzepte Siedlung, Verkehr, Landschaft sind erarbeitet.</p>	<p><i>Die räumliche Entwicklungsstrategie auf der Grundlage der Leitsätze und Schlüsselziele und dem Input der Zukunftskonferenz formulieren.</i></p> <p><i>Die Entwicklungskonzepte entsprechend und unter Berücksichtigung der bisherigen Planung (Analysen, Inventare und Entwürfe) erarbeiten.</i></p> <p><i>Die personellen Kapazitäten den neuen Anforderungen mit dem ganzheitlichen Planungsansatz anpassen.</i></p>
<p>Die Ortsplanungsrevision ist mit dem Einbezug der Bevölkerung und der verschiedenen Anspruchsgruppen breit abgestützt.</p>	<p><i>In wichtigen Planungsphasen Einwohnerrat und Bevölkerung informieren und am Planungsprozess beteiligen.</i></p>
<p>Die Planwerke – Zonenpläne, Strassennetzplan und Reglemente – sind angepasst und überarbeitet.</p>	<p><i>Die Zonenpläne, den Strassennetzplan und die entsprechenden Reglemente revidieren.</i></p>

Leistungszentrum 3: Bauunterhalt und Controlling

Ziele	Massnahmen
Mit einem zeitgemässen und umweltbewussten Unterhalt ist die Werterhaltung der Gemeinde eigenen Liegenschaften sichergestellt.	<i>Dem Nachholbedarf an baulichen Unterhaltsarbeiten durch entsprechend höhere Budgetkredite in den nächsten 3 bis 5 Jahren Rechnung tragen.</i>

Leistungszentrum 4: Bauadministration und technische Betriebe

Ziele	Massnahmen
Die permanente Überlastung der Binninger Sportanlagen ist entschärft.	<i>Den Sportplatz Spiegelfeld (vorderes Feld) und den Margarethen-Sportplatz mit Kunstrasen ausrüsten. Auf dem Sportplatz „Drissel“ eine kleinere Sanierung durchführen. Das Betriebskonzept der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld überprüfen und neu konzipieren. Die Koordination gemeinde-intern sowie mit anderen Gemeinden und mit dem Kanton verstärken und Synergien nutzen.</i>
Das Gartenbad beim Schloss Bottmingen (gehört den Gemeinden Binningen, Bottmingen, Oberwil) ist für die nächsten Jahrzehnte fit gemacht.	<i>Dringende Gesamtsanierung des Garderobengebäudes ausführen, Konzept, Planung und Kreditvorlage erstellen.</i>

3. Finanzplan 2005 - 2009

Ein Blick zurück auf das letzte Legislaturprogramm mit dem Finanzplan 2001 – 2005 zeigt, dass sich die damaligen Prognosen - der Gemeinderat ging von einer sich fortsetzenden Verschuldung aus - glücklicherweise nicht bewahrheitet haben. Mittlerweile hat eine erfreuliche Entwicklung eingesetzt. Die Gemeinde Binningen ist schuldenfrei und weist per Ende 2004 ein Eigenkapital von über CHF 12 Mio. und Vorfinanzierungen im Umfang von über CHF 16 Mio. aus. Der Steuerfuss liegt bei attraktiven 48 %. Ein Hauptgrund für die positive Entwicklung liegt in den Steuererträgen, die massiv höher ausfielen als erwartet.

Kernziel des Gemeinderats, resp. des vorliegenden Finanzplans ist es, die gesunden Finanzen zu erhalten und zu pflegen.

Mit dem vorliegenden Finanzplan skizziert der Gemeinderat den finanziellen Handlungsspielraum in den nächsten Jahren. *Vgl. Tabelle 1, Eckdaten*

Rahmenbedingungen

Die Qualität eines langfristigen Planungsinstruments hängt stark von den Annahmen über die Rahmenbedingungen ab. Für den Finanzplan 2005 – 2009 wurden folgende Annahmen getroffen und Rahmenbedingungen festgelegt:

- **Basis:**
Als Basis für die Berechnung der Jahre 2005 – 2009 dient die Rechnung 2004. Grosse einmalige Posten (Geschichtsbuch, Fest Botz 1000, Einnahmen aus Verkauf Baurechtsland etc.) wurden dabei aus der Rechnung eliminiert.
- **Steuereinnahmen:**
Auf Basis der effektiven Steuereinnahmen wurde der Steuersockel für das Jahr 2005 um CHF 1.5 Mio. angehoben und für die gesamte Finanzplan-Periode mit einem jährlichen Wachstum von 3 % unterlegt.
- **Steuerfuss:**
Der gesamten Planperiode wurde ein Steuerfuss von 48 % zu Grunde gelegt.
- **Personalaufwand:**
Angenommen wurden 1 % jährlich teuerungs- und 2.5 % leistungsbedingte Lohnanpassungen.
- **Sachaufwand:**
Er wurde für 2006 auf CHF 8.4 Mio. fixiert. Im Anschluss wurde ein jährliches Wachstum von 0.5 % angenommen.
- **Beiträge:**
Die Beiträge im Bereich der Sonderschulen, der Ergänzungsleistungen sowie die Beiträge gemäss Sozialhilfegesetz wurden auf die effektiven Werte angehoben und mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 1 und 5 % hinterlegt.
- **Realisationsquote:**
Die Netto-Investitionen sind aufgrund der Erfahrungen ab 2006 mit 85 % der geplanten Investitionen berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt sind

- Ausstehende Entscheide betr. Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen:
Der Gemeinderat wird im Rahmen einer Gesamtschau weitere Investitions- und Desinvestitionsentscheide treffen. Diese sind im vorliegenden Finanzplan ebenso wenig berücksichtigt, wie allfällige zusätzliche Unterhaltskosten für einzelne Liegenschaften, die je nach Beschlussfassung anfallen könnten.
- Weder die positiven noch die negativen Auswirkungen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) des Kantons; mit Ausnahme des Teuerungsausgleichs.

Wertung des Finanzplans

- Der Selbstfinanzierungsgrad erfüllt in den nächsten Jahren die Vorgabe von durchschnittlich 100 %. Erst mit dem Voranschlag 2009 fällt der Wert auf knapp 85 %. Der Grund im starken Absinken liegt darin, dass der Rekord-Selbstfinanzierungsgrad von über 700 % aus dem Jahr 2001 aus der Berechnung des achtjährigen Durchschnitts fällt. **Vgl. Tabelle und Grafik 2**
- In einem Alternativ-Szenario mit einem Steuerfuss von 46 % ab dem Jahr 2006 würde die 100 %-Vorgabe ein Jahr früher, also im Voranschlag 2008 mit rund 93 % nicht mehr erreicht. **Vgl. Tabelle und Grafik 3**

Die längerfristigen finanziellen Aussichten der Gemeinde können weiterhin als gut bezeichnet werden. Der Steuerfuss ist einer der tiefsten im Kanton, das Dienstleistungsangebot ist auf einem hohen Niveau, und die Finanzierung grösserer Investitionsvorhaben ist gesichert. Die finanzpolitische Strategie des Gemeinderates besteht darin, sowohl die Politik der gesunden Haushaltsführung als auch die Politik der Bereitstellung eines attraktiven Angebotes weiter zu verfolgen. Hierzu zählt der Gemeinderat die jährliche Überprüfung der weiter vorne formulierten Ziele und Massnahmen ebenso wie die Überprüfung des Steuerfusses. Der Gemeinderat wird letzteren im Rahmen der Erstellung des Budgets 2006 überprüfen und dem Einwohnerrat entsprechend Antrag stellen.

Tabelle 1: Eckdaten und Zusammenfassung des Finanzplans 2005 – 2009

Tabelle 1

	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Prognose 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009
Laufende Rechnung							
Einwohnerkasse							
(in 1'000 CHF)							
Aufwand	70'288	64'407	61'036	68'733	70'641	67'065	67'649
Ertrag	70'311	64'449	61'202	68'826	70'704	67'623	66'463
Mehraufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	23	42	166	93	63	558	-1'186
+ Abschreibungen	8'216	5'482	3'529	9'893	10'894	6'496	5'847
+ Einlagen in Vorfinanzierungen	5'200	4'700	-	-	-	-	-
- Entnahme aus Vorfinanzierungen	3'700	500	-	5'600	6'500	2'450	-
Selbstfinanzierung (Cashflow)	9'739	9'724	3'695	4'386	4'457	4'604	4'661
Nettoinvestitionen (ab 2006 mit 85 % berücksichtigt)	7'734	3'189	6'491	9'452	10'196	5'681	6'868
Finanzierungssaldo Einwohnerkasse							
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	2'005	6'535	-2'796	-5'066	-5'739	-1'077	-2'207
Selbstfinanzierungsgrad	125.9 %	305.0 %	56.9 %	46.4 %	43.7 %	81.1 %	67.9 %
Kennzahlen							
Selbstfinanzierungsgrad kumuliert über 8 Jahre	149.8 %	165.3 %	156.9 %	129.5 %	106.9%	103.7%	84.8 %
Mittel- und langfristige Schulden	-	-	-	-	-	-	-
pro Einwohner	-	-	-	-	-	-	-

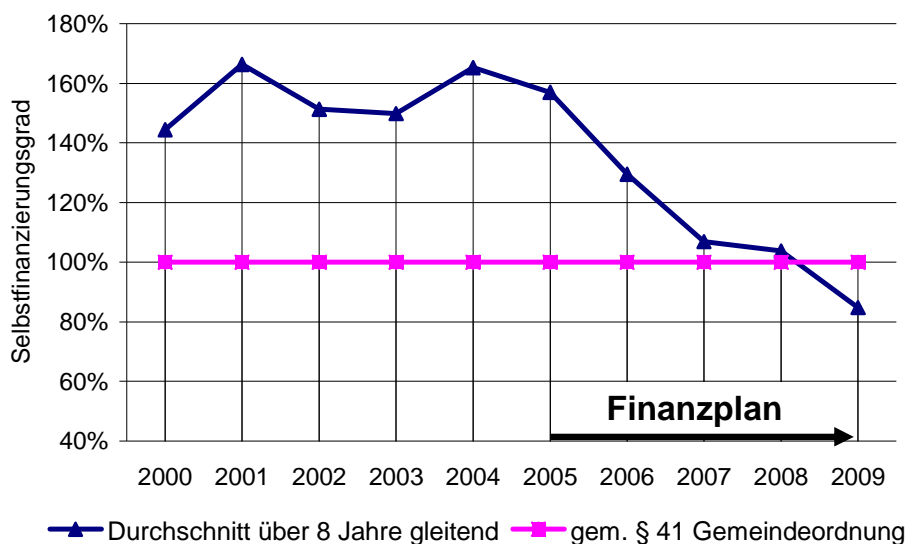
**Tabelle 2 und Grafik 1:
Entwicklung der Ergebnisse der laufenden Rechnung und der Selbstfinanzierung mit
Steuerfuss 48 % (Grundannahme Finanzplan)**

Tabelle 2

Jahr	Selbstfinanzierung pro Jahr			Selbstfinanzierung über 8 Jahre			
	Cashflow Mio. CHF	Nettoinvest. Mio. CHF	Grad in %	Cashflow Mio. CHF	Nettoinvest. Mio. CHF	Grad in %	Jahre von - bis
2000	5.5	5.0	109.0	65.3	45.2	144.4	1993 - 2000
2001	9.2	1.3	702.0	70.9	42.6	166.4	1194 - 2001
2002	4.7	4.7	101.7	67.5	44.6	151.3	1995 - 2002
2003	9.7	7.7	125.9	71.6	47.8	149.8	1996 - 2003
2004	9.7	3.2	305.0	72.4	43.8	165.3	1997 - 2004
2005	3.7	6.5	56.9	64.1	40.8	156.9	1998 - 2005
2006	4.4	9.5	46.4	52.1	42.2	129.5	1999 - 2006
2007	4.5	10.2	43.7	46.4	48.1	106.9	2000 - 2007
2008	4.6	5.7	81.1	42.9	48.7	103.7	2001 - 2008
2009	4.7	6.9	67.9	35.7	54.3	84.8	2002 - 2009

Grafik 1

**Durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre
Steuerfuss 48% seit 2004**



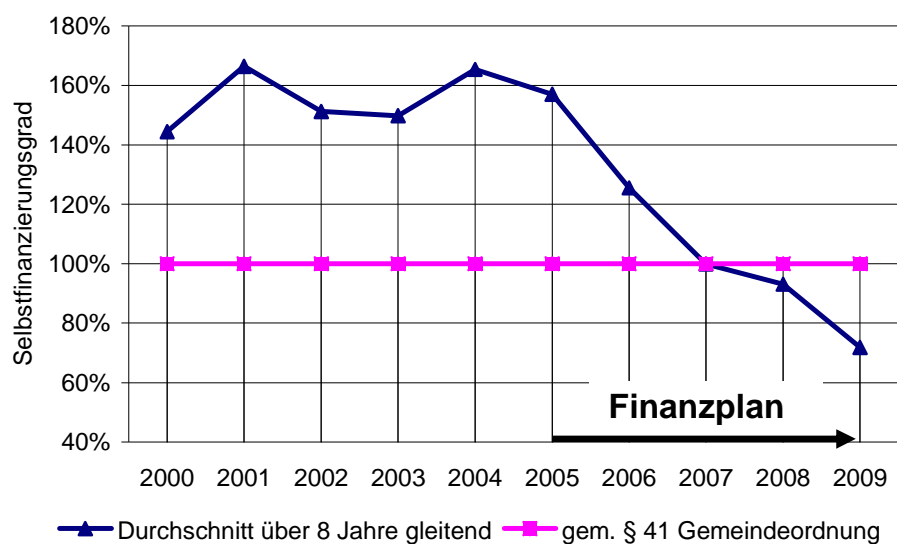
**Tabelle 3 und Grafik 2:
Entwicklung der Ergebnisse der Laufenden Rechnung und der Selbstfinanzierung mit der
Alternative Steuerfuss = 46 % ab 2006**

Tabelle 3

Jahr	Selbstfinanzierung pro Jahr			Selbstfinanzierung über 8 Jahre			
	Cashflow Mio. CHF	Nettoinvest. Mio. CHF	Grad in %	Cashflow Mio. CHF	Nettoinvest. Mio. CHF	Grad in %	Jahre von - bis
2000	5.5	5.0	109.0	65.3	45.2	144.4	1993 - 2000
2001	9.2	1.3	702.0	70.9	42.6	166.4	1194 - 2001
2002	4.7	4.7	101.7	67.5	44.6	151.3	1995 - 2002
2003	9.7	7.7	125.9	71.6	47.8	149.8	1996 - 2003
2004	9.7	3.2	305.0	72.4	43.8	165.3	1997 - 2004
2005	3.7	6.5	56.9	64.1	40.8	156.9	1998 - 2005
2006	2.7	9.5	28.7	52.9	42.2	125.5	1999 - 2006
2007	2.7	10.2	26.8	48.0	48.1	99.9	2000 - 2007
2008	2.8	5.7	49.8	45.3	48.7	93.1	2001 - 2008
2009	2.8	6.9	41.3	39.0	54.3	71.9	2002 - 2009

Grafik 2

**Durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre
Steuerfuss 46% ab 2006**



4. Investitionsplan 2005 – 2012

Der Netto-Investitionsplan (siehe nächste Seite) enthält alle Investitionsausgaben - abzüglich Einnahmen - von über CHF 100'000, die bereits beschlossen oder in Planung sind.

Im Folgenden sollen die **Schwerpunkte für diese Legislaturperiode** kurz erläutert werden:

- **Das Schlosspark-Projekt** beinhaltet die Verlegung der Schlossgasse, die Sanierung des Imhofhauses und die Realisierung einer Tiefgarage. Gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan ist eine Verzögerung entstanden, die auf Einsprachen zurückzuführen sind.
- **Die Neugestaltung des Dorfplatzes** ist ein altes Anliegen. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat im Sommer/Herbst 2005 ein Gesamtkonzept unterbreiten.
- **Das Projekt Schlossacker**, resp. das Zentrum für Wohnen und Pflege beinhaltet ein Alters- und Pflegeheim mit 72 Pflegeplätzen sowie weitere öffentliche Einrichtungen wie Spitex, Tagesstätte für Betagte und Aktivierungstherapie. Die Gemeinde plant auf dem Areal „Schlossacker“ einen Neubau zu errichten.
- **Der Generelle Entwässerungsplan (GEP)** beinhaltet die Sanierung und den Ausbau der kommunalen Abwasseranlagen unter Berücksichtigung der Gewässerschutzgesetzgebung von Bund und Kanton. Im Planungshorizont von 40 Jahren werden insgesamt Neu- und Ersatzinvestitionen von rund CHF 30 Mio. ausgelöst, wovon ca. CHF 7.1 Mio. auf die 1. Ausbautetappe bis 2012 fallen werden.

**Tabelle 4:
Netto-Investitionsplan 2005 – 2012**

Konto	Bezeichnung	Prognose 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Total 05-12
Zusammenfassung der Nettoinvestitionen										
020	Verwaltung	510	900			210				1 620
100	Grundbuch									
140	Feuerwehr	160	150							310
241	Kindergarten			650						650
242	Primarschule	597				45	100	170		912
244	Sekundarschule		300	1 500	1 710	315				3 825
341	Gartenbad			600						600
342	Hallenbad		450			100				550
344	Sportplätze	2 495				1 000	2 000			5 495
359	Freizeit		- 40							- 40
410	Pflegeheime	475	500	2 000	3 000	3 000	1 000			9 975
540	Jugend						500			500
620	Gemeindestrassen/Werkhof	284	2 066	3 195	773	1 640	1 093	645	700	10 396
740	Friedhof									
750	Gewässer			100	500	500	500			1 600
790	Raumplanung	140	144	100	100					484
942	Liegensch. Finanzvermögen	1 830	6 650	3 850	600	1 270	1 000			15 200
Total Nettoinvestitionen Einwohnerkasse		6 491	11 120	11 995	6 683	8 080	6 193	815	700	52 077
Total Investitionseinnahmen Einwohnerkasse			- 625	-1 025	- 300					-1 950
Total Investitionen Einwohnerkasse brutto		6 491	11 745	13 020	6 983	8 080	6 193	815	700	54 027
Nettoinvestitionen für Finanzplan ab 2006 = 85%		6 491	9 452	10 196	5 681	6 868	5 264	693	595	45 239
Spezialfinanzierungen										
320	GGA	320	390	390	280	280	280	280	280	2 500
710	Abwasserbeseitigung	-1 177	983	622	130	- 116	- 68	- 52	- 52	270
Total Nettoinvestitionen		- 857	1 373	1 012	410	164	212	228	228	2 770
Gesamttotal										
Total Investitionen Gesamtrechnung brutto		7 066	14 475	15 155	8 458	9 210	7 383	2 025	1 910	65 682
Total Investitionseinnahmen Gesamtrechnung		-1 432	-2 832	-2 148	-1 365	- 966	- 978	- 982	- 982	-11 685
Total Nettoinvestitionen Gesamtrechnung		5 634	11 643	13 007	7 093	8 244	6 405	1 043	928	53 997